



Umwelt Wirtschaft **Medien** Neue Technik Kultur

RECHERGHE
Stichwortsuche **SUCHE STARTEN**

◀◀◀ Homepage

WWW.NEUE NACHRICHT.DE **InfoLine 0800.6383622** **PROFI-RECHERCHE STARTEN**

MEDIEN

12. September 107

- [Kommentar](#)
- [Bilddatenbank](#)
- [Buchkritik](#)
- [Termine](#)
- [Medien-Check](#)
- [Recherche](#)
- [Links](#)
- [FAQs](#)
- [ne-na intern](#)
- [Content-Partner](#)
- [Kontakt](#)

NEUE NACHRICHT

Bei Anruf Service?



[Das Magazin](#)
[Bestellung](#)

Ex-Metro-Manager kritisiert Konzernexzesse - "Rechte der Minderheitsaktionäre müssen gestärkt werden"

Verfasser: NeueNachricht

Bonn, Baar (Schweiz) - In der aktuellen Debatte über die Auswüchse des Kapitalismus wird nach Ansicht von Hannjörg **Hereth**, der 23 Jahre als Top-Manager beim Metro Handelskonzern tätig war, zu wenig über die Demontage der Aktionärsrechte diskutiert. Die bekannt gewordenen Reformvorschläge aus den Reihen der SPD würden nicht zu einer Revitalisierung der Marktwirtschaft beitragen. Entscheidend sei die Stärkung des Eigentumsprinzip, besonders bei Aktiengesellschaften. Am Beispiel seines früheren Arbeitgebers Metro bemängelt **Hereth** im Interview mit dem Onlinemagazin NeueNachricht www.ne-na.de den sinkenden Einfluss der Aktionäre. „Die Rechte der Minderheitsaktionäre waren immer so klein gewesen wie heute. Aber es hatte einen gewissen Respekt vor der pluralistischen Zusammensetzung des Aktionariats gegeben. Davon findet sich beispielsweise bei der Metro AG nichts. Mit rund 55 Prozent des stimmberechtigten Kapitals verhalten sich die Mehrheitsaktionäre Beisheim, Haniel und Schmidt-Ruthenbeck wie 100prozentige Eigentümer. 45 Prozent der Aktionäre sind entmündigt und finden sich in keinem Gremium wieder. Eine echte Kontrolle findet nicht statt. Sie ist weder gewollt noch beabsichtigt. Man ist nett zueinander. Sonst wird man von den Mehrheitsaktionären nicht wieder in den Aufsichtsrat gewählt. Ihm anzugehören bedeutet Reputation und ein nettes finanzielles Zubrot. Auch die Mitglieder der Deutschland AG haben dafür einen wachen Instinkt“, führt **Hereth** aus.

Man müsse notgedrungen den Eindruck gewinnen, dass in den börsennotierten Konzernen ein System der Selbstbereicherung und Selbstbedienung regiere. „Seit Ende 1998 hat der Metro-Vorstand - begleitet von Falschinformationen - Anlagevermögen von mehr als 2,5 Milliarden Euro weggegeben und verlorene Zahlungen von mehr als 550 Millionen Euro geleistet. Empfänger war in beiden Fällen eine Gesellschaft namens Divaco. Kein Aktionär weiß, was mit diesen Vermögenswerten geschehen ist. Diese Gesellschaft hat der Vorstand Ende 2003 seinem bis Ende 1998 amtierenden Vorstandskollegen Siegfried Kasse für einen einzigen Euro ‚verschenkt‘. Ein öffentliches Bieterverfahren gab es nicht; eine vorherige Information der Aktionäre hat nicht stattgefunden. Metro hat somit unter den Augen des Aufsichtsrats einen drei- bis vierstelligen Millionenbetrag verloren, an Euro wohlgerne. Hinzu kommen Aufwendungen für den Rückerwerb des nicht werthaltigen Unternehmens Adler von 340 Millionen Euro.. Das ist ein Armutszeugnis und totales Versagen des Aufsichtsrats“, moniert **Hereth** gegenüber NeueNachricht.

Der Verdacht des Betrugs am Aktionär und der Untreue liege daher auf der Hand. „Dass aber auch der Staat geschädigt wird, und zwar gegebenenfalls betrügerisch,

wird allgemein übersehen“, sagt **Hereth**. Am Beispiel der Metro AG könne man schnell erkennen, dass die SPD-Pläne für ein internationales Steuerregister, europäisch abgestimmte Mindeststeuern oder eine schnelle Überführung der gesetzlichen Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung völlig am Problem der Konzern-Exzesse vorbei gehen.

„Die Neue Zürcher Zeitung hatte schon vor drei Jahren angesichts der Kultur der Geringschätzung der Minderheitsaktionäre durch arrogante Gesellschaftsorgane gefragt, wo denn der Aufstand dieser Aktionäre bleibe. Die Frage stellt sich auch in Deutschland. Man könnte sie auch an anderen Gesellschaften als der Metro AG festmachen. Tatsächlich ist die Problematik zu ernst, als dass sie Kräften des faktischen ‚Aufstands‘ überlassen werden dürfte. Die Kontrollrechte und Anfechtungsrechte der Minderheitsaktionäre müssen gestärkt werden. Die derzeitige Aktienrechtsnovelle hat in Verkennung der Situation genau das Gegenteil getan. Die Minderheitsaktionäre müssen zwingend im Aufsichtsrat vertreten sein. Und zwar nicht durch Vertreter sogenannter Aktionärs-Schutzvereinigungen. Diese haben sich selbst disqualifiziert und treten in Hauptversammlungen durch Schönreden hervor. Sie sind sozusagen heute Teil des Systems. Kein Vorstand fürchtet ihre Fragen. Organe müssen für den Vermögensschaden zur Verantwortung gezogen werden, der durch vorsätzliche, aber auch grob nachlässige Wahrnehmung ihrer Pflichten entsteht“, fordert **Hereth**.

Das komplette Interview mit dem früheren Metro-Manager Hannjörg Hereth erscheint im Online-Magazin NeueNachricht www.ne-na.de am 2. Mai 2005.

[zurück](#)